



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/17 - 20. Januar 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 089 890

Hinweise
auf den Inhalt:

Atomenergie - privat oder gemeinwirtschaftlich?	S. 1
Die französische Rechte und die Poujadisten	S. 3
Neugliederungswünsche im Südwesten	S. 5
Zu den Erinnerungen des Verteidigers von Breslau	S. 6

Vorstoss in Neuland

sp. Der Gedanke, die friedliche Nutzung der Atomenergie in Europa auf eine gemeinsame Grundlage zu stellen, hat durch die Pariser Beschlüsse des "Aktionskomités für die Vereinigten Staaten Europas" zumindest in der Planung kräftigen Auftrieb und konkreten Inhalt bekommen. Er betrifft Vereinbarungen der beteiligten Vertreter von verschiedenen Parteien, von Gewerkschaften und anderen Körperschaften über den gemeinsamen Erwerb, die gemeinsame Verwaltung und Nutzung sowie die Kontrolle spaltbaren Materials zu friedlichen Zwecken. Der äussere Rahmen dafür wird eine internationale Organisation sein, eng angelehnt an die Form der Montan-Union, freilich mit dem wesentlichen Unterschied, dass diese noch zu bildende Behörde über das Kernmaterial als Eigentümer verfügen soll - was ein wahrhaft revolutionäres Novum in der Geschichte der zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen wäre.

Die SPD hat sich zu einer positiven Mitarbeit am Aufbau einer europäischen Gemeinschaft auf diesem Sondergebiet aus verschiedenen Gründen entschlossen. Die Vorverhandlungen über diesen Plan laufen seit etwa einem halben Jahr. Sie gingen im wesentlichen auf drei Überlegungen zurück:

1. Es muss dafür gesorgt werden, dass die Verwendung der Atomenergie ausschliesslich zu friedlichen Zwecken garantiert wird, zumal ein atomarer Rüstungswetlauf für das eingeschrumpfte Europa zu einer tödlichen Gefahr werden könnte.
2. Angesichts der überragenden Stellung der USA und der Sowjet-Union auf dem Gebiete der Verwertung von Atom-Energie ergibt sich für das nichtkommunistische Europa zwingend die Notwendigkeit zu einer vertieften Zusammenarbeit, soll es nicht ganz allgemein industriell und wirtschaftlich im Vergleich zu den beiden Machtgiganten hoffnungslos in Rückstand geraten.

20. Januar 1956

3. Es handelt sich um Neuland, es kommt darauf an, die Weichen neu zu stellen. Die Situation ist ganz anders als seinerzeit bei Kohle und Stahl. Das waren zwei Wirtschaftsgebiete, in denen sehr massive private Interessen bereits fest verankert waren. Entsprechend schwierig musste der Versuch sein - und die Entwicklung der Montan-Union hat das bestätigt - einen Gleichklang der Interessen zu erreichen und beide Bereiche öffentlicher Kontrolle unterzuordnen. Bei der Atom-Energie dagegen besteht die Chance, von Anfang an dafür zu sorgen, dass eine internationale Behörde die entscheidende Rolle beim Aufbau dieser Gemeinschaft zugewiesen erhält und nicht die Privatwirtschaft.

Gerade in diesem letzten Punkt haben sich freilich auch eine ganze Reihe von Widerständen bemerkbar gemacht. Sie kommen aus wirtschaftlichen Interessentenkreisen, obwohl man auch dort wissen müsste, dass selbst in einem Lande wie den USA, und übrigens auch in dem auf diesem Gebiet sehr fortschrittlichen Grossbritannien die Entwicklung der Atomenergie eben wegen der Gefahr ihres möglichen Missbrauches durch egoistische Gruppeninteressen bei der öffentlichen Hand liegt. Aber Schwierigkeiten sind noch in anderer Hinsicht vorhanden.

Die SPD hat in den einleitenden Gesprächen mit dem Initiator des Aktionskomiteés, Herrn Monnet, immer wieder betont, es müsse alles getan werden, um über den Kreis der gegenwärtig beteiligten sechs Staaten hinaus in irgendeiner Form auch die skandinavischen Länder und Grossbritannien zur Mitarbeit zu gewinnen. Sie tat das aus ihrer alten GrundsatzEinstellung gegenüber allen kleineuropäischen Lösungen, die die Gefahr in sich bergen, dass Deutschlands Spaltung dadurch vertieft werde. Eine Art Brückenschlag zwischen der zu bildenden Westeuropäischen Atomgemeinschaft und einem skandinavischen Zusammenschluss, der z.Zt. ebenfalls eifrig betrieben wird, könnte sich nach sozialdemokratischer Ansicht leichter vollziehen, als der Versuch, aussenstehende Mächte einzeln zur Mitarbeit in der Gemeinschaft zu veranlassen. Ein enges Zusammengehen gerade mit den skandinavischen Staaten und Grossbritannien würde auch der Tendenz der USA und der Sowjetunion entgegenwirken, durch ihre überragende Position in der Atomwirtschaft die Abhängigkeit anderer Staaten von ihnen bis zur Unlösbarkeit zu erhöhen.

Bei aller Genugtuung über das in Paris Erreichte sollte man nicht vergessen, dass der angültigen Verwirklichung so hochfliegender und kühner Pläne noch sehr viel praktische Hindernisse im Wege stehen. Sie beginnen schon damit, dass noch keineswegs sicher, vielmehr höchst fraglich ist, ob die Parteien, die Vertreter nach Paris entsandt hatten, den Vorschlägen ihrer Experten zustimmen werden, zumal bei manchen dieser Parteien gerade die Kreise erheblichen Einfluss haben, die an der öffentlichen Kontrolle auch der friedlichen Entwicklung der Atomenergie nicht sonderlich interessiert sind.

"Der Poujadismus ist ja nicht so schlimm..."

H.v.Paris

Es wird schwer sein, auf Grund der Wahlergebnisse vom 2. Januar eine neue Regierung zu bilden. Es wird unmöglich sein, eine starke Regierung zu bilden. Aber es wäre möglich, eine Regierung auf breiter Grundlage zu bilden, die allerdings einen Konstruktionsfehler aufweisen würde: sie wäre unbeweglich und könnte keinerlei durchgreifende Pläne realisieren. Vermutlich wird es - in der nächsten oder übernächsten Woche - zu dem Versuch kommen, eine Regierung der gemäßigten Linken (Sozialisten und Radikale) aufzustellen, doch ist damit nicht gesagt, dass die Rechte nicht ebenfalls versuchen wird, eine Minderheits-Regierung zu errichten. Dazu bedürfte sie des Wohlwollens jener Partei, die als "Union der Kleinkaufleute und Gewerbetreibenden", kurz "Poujadisten" genannt, zum ersten Male und gleich mit 52 Mann in die Kammer einzieht.

Tatsächlich wird auf der Rechten mit allen Mitteln der Beschwichtigung versucht, Herrn Pierre Poujade freundlich zu stimmen. Er wird als durchaus "salonfähig" behandelt. In Artikeln und Gesprächen wird dargelegt, seine Partei, die ja gar kein echtes Programm habe, sei günstigen Einflüssen durchaus zugänglich. Es sei, wird erklärt, ein großer Unfug, den Leuten einzureden, sie seien Faschisten und antiparlamentarische Draufgänger: Noch seien sie Ton in des Töpfers Hand, wenn man ihnen aber lange genug einredet, sie seien wilde Kerle, so würden sie es ganz bestimmt werden.

Wie dergleichen Ansichten entstehen konnten, ist schwer zu begreifen. Wie sie nach dem Partei-Kongress weiter aufrecht erhalten werden können - er endete am 16. Januar - ist noch schwerer zu begreifen. Das Programm, das auf diesem Kongress als Frucht geboren wurde ist, das sei zugegeben, dehnbar wie Gummi. Immerhin aber enthält es einen Grundsatz, der auch in Reden ein Dutzend Mal unterstrichen wurde: Das erste Ziel ist die Einberufung der "Generalstände", d.h. die Schaffung des Ständestaates. Der Ständestaat aber war und ist ein faschistischer Staat.

Wer die Verbündeten und Geldspender der Bewegung sind, weiss man bisher nur zum Teil. Was bekannt ist, genügt jedoch, um zu wissen, woher der Wind bläst. Es ist derselbe Wind, der blies, als während des

Krieges unter Herausstellung der Marschalls Pétain in Frankreich die Regierung Laval geschaffen wurde, jene Regierung, die nicht etwa aus der Not eine Tugend machte, als sie sich der NS-Regime verschrieb, sondern deren leitende Personen nichts anderes waren als französische Nazis, die mit Vergnügen die Methoden ihrer Vorbilder nachahmten. Es ist nicht nur derselbe Wind; es sind zum Teil auch dieselben Personen.

Und es sind dieselben Methoden. Galgen, Erhängungen, Beschimpfungen, Verleumdungen und dazwischen die beruhigenden Töne aus der bekannten Schälmei: Wir meinen es ja so gut mit euch, wir wollen Frankreich retten, den ganzen parlamentarischen Sumpf ausrotten. Es bedarf nur der Kenntnis des Rezeptes zur Rettung Nordafrikas, besonders Algeriens, um zu begreifen, mit wem man es zu tun hat. Das Rezept, auf dem Kongress von einem Redner auf die kürzeste Formel gebracht, lautet: Gut zielen und schießen!

Wie unter solchen Verhältnissen daran gedacht wird, die Poujadé-Bewegung als ein Rohr zu kennzeichnen, das noch biegsam ist, bleibt unerfindlich. Dass man glaubt, ja überzeugt ist, durch freundliches Schulterklopfen und gutes Zureden aus dieser Masse wütender Unzufriedener eine wohlwollende Hilfstuppe zu formen, scheint eine der Unbegreiflichkeiten, deren es in der Geschichte des Parlamentarismus so viele gibt. Dabei bleibt es an sich gleichgültig, dass diese frenetisch jubelnde Kohorte mit etlichen ihrer Beschwerden zweifellos nicht unrecht hat. Vielmehr geht es um ihren Ton, ihre Methode, ihren Anti-Parlamentarismus (aus dem sie kein Geheimnis macht) und - um ihre Hintermänner.

Ein Drittel der neuen Nationalversammlung - KP und Poujadisten - ist antiparlamentarisch. Dieser gewisse nicht erfreuliche Zustand dürfte es der Rechten angenehm erscheinen lassen, der Bildung einer Regierung durch die gemässigte Linke nicht allzu viele Schwierigkeiten zu machen. Denn es müssen nur Lösungen für schwere Probleme gesucht werden - Afrika, Budget, Löhne - und es ist bis zu hohem Grade verlockend, für solche Lösungen nicht selbst die Verantwortung tragen zu müssen. Mehr als die Hälfte der Deputierten der "Gemässigten und Unabhängigen", d.h. der gemässigten Rechten, und gut zwei Drittel der katholischen Volkerepublikaner wissen sehr gut, dass - um das brennendste Problem zu nennen - in Nordafrika, besonders in Algerien keine Zeit mehr verloren werden darf. Doch die einzigen Lösungsversuche, die Erfolg haben könnten, werden auf strikteste Ablehnung nicht nur bei den Franzosen Nordafrikas stossen und bei den Kreisen, deren Interessen und Anschauungen dieselben sind; wäre es daher nicht sehr angenehm, die Linke die Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen und sie dem Wutgeheul der Poujadisten auszusetzen?

Volksbegehren rütteln am Bestand von Rheinland-Pfalz

K.H. Mainz

In Rheinland-Pfalz schlagen von neuem die Wellen hoch: Die vor zehn Jahren durch alliierten Beschluss zu einem neuen Land zusammengeführten Gebietsteile streben wieder auseinander. Im Norden, Osten, Süden und Westen des Landes bildeten sich in den letzten Tagen "Heimattüde", die sich aktiv mit der Vorbereitung und Unterschriftensammlung für die Volksbegehren nach dem Gesetz der Neugliederung des Bundesgebietes befassen wollen und den Anschluss ihrer Heimatbezirke an die angestammten Landschaften anstreben.

Wie ein Paukenschlag hatte bald nach Neujahr eine Erklärung der hessischen Landesregierung in dem sonst so ruhigen und friedlichen Land Rheinland-Pfalz gewirkt und Anlass zur Dröpfung der "Fehde" um die Neugliederung gegeben. Die hessische Landesregierung hatte durch Ministerpräsident Zinn betonen lassen, dass sie sich nicht in die öffentlichen Auseinandersetzungen, die in Rheinland-Pfalz zu erwarten waren, einmischen werde, da die Ländergrenzen-Regelung keine Sache der Regierungen, sondern Angelegenheit der Bevölkerung selbst sei. Erst die Konsequenzen würden die Landesregierungen berühren und hier werde Hessen, nach einer Änderung der Ländergrenzen, entsprechend seiner bisherigen Politik die betreffenden Landesteile wirtschaftlich, sozial und kulturell besonders fördern, um die Lebenshaltung der Bevölkerung zu heben.

Bei der Landesregierung von Rheinland-Pfalz in Mainz sind diese Erklärungen und ihre Einzelheiten, wie "soziale Aufrüstung des Dorfes", "Ausdehnung der Schulgeldfreiheit" und anderes, nicht gut aufgenommen worden. Aus zahlreichen Reaktionen ist ersichtlich, wie peinlich es der Landesregierung in Mainz ist, dass im ganzen Lande die auseinanderstrebenden Kräfte jetzt ganz legal und gesetzlich aktiv werden können.

Appetit auf allen Seiten

Am stärksten machen sich die "Heimattreuen Fliehkräfte" in Rheinhessen, in der Pfalz und im unteren Lehtal bemerkbar. In Rheinhessen besteht eine sehr starke Neigung für den Anschluss an das Land Hessen, da dies auch als die einzige Möglichkeit erscheint, die seit ebenfalls

zehn Jahren strittige Frage der rechtsrheinischen Vororte von Mainz endlich zu lösen. Aus der Pfalz werden zwei Anträge auf ein Volksbegehren erwartet. Den ersten wird der "Bund Bayern-Pfalz" einreichen, um eine Angliederung an Bayern - zu welchem die Pfalz bis 1918 gehörte, zu erreichen. Der zweite zielt auf die Verschmelzung mit dem Lande Baden-Württemberg hin. Daneben gibt es Pläne einer Angliederung an Nordbaden oder die Bildung einer selbständigen Pfalz. Auch im Regierungsbezirk Montabaur ist ein Ausschuss am Werke, die Angliederungen dieses rechtsrheinischen Teils des Landes Rheinland-Pfalz an Hessen vorzubereiten. Weniger Sorgen bereiten der Landesregierung in Mainz die bekanntgewordenen Wünsche nach Volksbegehren in den früher zur Rheinprovinz gehörenden Regierungsbezirken Koblenz und Trier.

Selbstverständlich ist mit der Vorbereitung oder später mit der Durchführung der Volksbegehren das Schicksal des Landes Rheinland-Pfalz noch nicht besiegelt, nicht zuletzt wegen der zeitraubenden Verfahrensordnungen. Die Befürworter des Landes in seiner gegenwärtigen Gestalt hoffen auf die Macht der Beharrung, die Befürworter seiner Auflösung stützen sich vor allem auf die vielfältigen traditionellen Bande, die überall durch Familie, Bildung und Wirtschaft zu den Nachbarlandschaften bestehen und deren Kraft sich fast täglich vielfältig zeigt.

+ + +

Fragen an General a.D. Niehoff

General a.D. Niehoff hielt es für erforderlich, sogleich nach seiner Heimkehr die Öffentlichkeit an die "letzten Tage von Breslau" zu erinnern und zu versichern: "Wegen meiner Kampfführung in Breslau hat man mir nie Vorwürfe gemacht." - Herr Niehoff hat zweifellos während seiner zehnjährigen Abwesenheit weder Breslauer sprechen noch etwas über seine Heldentaten in der "Festungszeit" lesen können. Er hätte sonst vermutlich geschwiegen. Denn es leben immerhin in der Bundesrepublik noch eine ganze Anzahl Breslauer und Breslauerinnen, die es miterlebt haben. Deren Zeugnis könnte es wohl zuwege bringen, dass General a.D. Niehoff weniger als der Verteidiger, sondern zusammen mit dem Gauleiter, Deserteur und Henker H a n k e als der V e r n i c h t e r

Breslau in die Geschichte eingeht.

Dass es in einer belagerten Stadt schlimm zugehen muss, wird niemand bestreiten. Jedoch hätte es Ehrensache sein müssen, dass der Kommandant einer lediglich durch den Wahnsinn eines Kriegsverbrechers zur "Festung" deklarierten offenen Großstadt, in der trotz aller Zwangsmassnahmen immer noch 220 000 Zivilisten (Männer, Frauen und Kinder) verblieben waren, seine Kampfmassnahmen human eingerichtet hätte, zumal es jedem Vernünftigen klar war, dass die ganze "Verteidigung" (dazu noch mit wenig Munition, ohne Fliegerabwehr, ohne geeignete Truppen) barer Unsinn war.

Was die Russen nicht durch ihre Bomben und Stalinorgeln vernichteten, wurde abgebrannt. Vielleicht war Herr Niekoff hierfür nicht verantwortlich; aber warum widersetzte er sich nicht diesem Irrsinn? Ganze Stadtviertel sanken so in Schutt und Asche. Wer hat beföhlen, gerade die allen Breslauern heilige Dominsel und deren nächste ehrwürdige Umgebung zur Artilleriebasis zu machen und so deren infernalisches Untergang herauszufordern? Wer hat die völlige "Ausradierung" des ganzen grossen Stadtteils zwischen Kaiser- und Fürstenbrücke beföhlen, um so die irrsinnige "Rollbahn" zu schaffen, auf der im ganzen dann zwei Flugzeuge landen konnten? Wer hat für dieses gigantische Zerstörungswerk die Arbeitspflicht für Knaben vom zehnten, für Mädchen vom zwölften Lebensjahre angeordnet und jede Arbeitsverweigerung mit standrechtlicher Erschiessung nicht nur bedroht, sondern auch bestraft? Wer hat allein für diese Herostratentat unzählige Frauen- und Kinderleben geopfert? Wer haftet für die Schreckensherrschaft der "Hinrichtungsmaschinerie" im Kletschkauer Zuchthaus? Wer liess die völlig unbeschädigte Lutherkirche, die Petrus-Canisius-Kirche, das Staatsarchiv mit seinen unersetzlichen Schätzen in die Luft sprengen? Wer vernichtete sinnlos die kostbaren Bestände der Universitätsbibliothek? Wer liess das Inventar aller Wohnungen bis herab zum 1. Stock auf die Strasse werfen und dort verbrennen? Wer befahl noch am 20. April 1945 auch die jungen Mädchen zur Gestellung und liess sie nackt wie Rekruten an die Militärärztin vorbeidefilieren? (Um nur einiges zu sagen!) Wir fragen Herrn Niekoff: Wer ist für all diese barbarische Kriegführung verantwortlich?

(Aus "Ostdeutscher Heimatbote", Monatszeitschrift für alle Heimatvertriebenen)